

Zweifel an der Gültigkeit von Köhlers Wahl

Staatsrechtler sehen gesetzliche Vorgaben durch Länder verletzt

BERLIN (dpa). Namhafte Staatsrechtler haben die Rechtmäßigkeit der Wiederwahl von Bundespräsident Horst Köhler in Zweifel gezogen. Zeitungsberichten zufolge sehen sie „gravierende Rechtsverstöße“ bei dem Wahlverfahren. Dabei geht es um die Praxis in vielen Bundesländern, dass alle oder zumindest die stärksten Fraktionen der Landtage ihre Parteilisten in einem gemeinsamen Wahlvorschlag zur Abstimmung stellen. Dies widerspreche klar den gesetzlichen Vorgaben, erklärten die Staatsrechtslehrer Ulrich Battis, Hans Meyer, Martin Morlok und der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hans Hugo Klein.

„Da der einzelne Landtagsabgeordnete so keine Freiheit der Wahl zwischen den verschiedenen Listen hat, ist ein zentraler verfassungsrechtlicher Wahlgrundsatz verletzt“, sagte Klein. Deshalb sei die Wahl durch den Landtag ungültig und die Zusammensetzung der Bundesversammlung damit fehlerhaft gewesen. Daher sei sogar mit Bedenken gegen die Gültigkeit der Wahl Köhlers zu rechnen, die das Bundesverfassungsgericht in einer Beschwerde oder einer Organklage prüfen könne. Laut Morlok ist wegen des knappen Ausgangs die Gültigkeit von Köhlers Bestätigung vor einer Woche „nicht nur theoretischer Natur“. Meyer sprach von einem „ganz eindeutigen Verfassungsverstoß“. Die Bündelung in Listen wurde zuletzt in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Sachsen-Anhalt praktiziert.

Nach den organisatorischen Pannen bei der Köhler-Wahl gibt es in der SPD Überlegungen für die Installierung von Handy-Störsern im Reichstag. „Wir wollen wissen, ob das technisch machbar wäre“, sagte Fraktions-Vize Christian Lange. In Parlamentskreisen wird dieser Vorschlag allerdings als unrealistisch zurückgewiesen. Bei der Wahl hatten die Abgeordneten Julia Klöckner (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) das Ergebnis für Köhler vorab über den Internet-Nachrichtendienst Twitter publik gemacht.

Worte der Woche

„Es ist unangemessen und unwürdig, wenn Musikanten und Saaldienere das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl vorwegnehmen.“

Christian Lange, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, zu den Pannen rund um die Bekanntgabe des Ergebnisses der Bundespräsidentenwahl

„Jeder Lidl-Supermarkt wird stärker kontrolliert als die Banken.“

Gesine Lötzsch, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion

„Um es mit den Worten des Kollegen Kampeter zu sagen, der die toxischen Papiere mit Krebsgeschwüren verglichen hat: Ich kenne keinen Arzt, der das Krebsgeschwür interviewt und es fragt: Wie hätten Sie es denn gerne? Wäre Ihnen der komplette Abgang genehm?“

Alexander Bonde, Grünen-Abgeordneter, in der Debatte über Bad Banks

„Dann müssten Sie wahrscheinlich auch die von Ihnen nie gezahlten Lösegelder zurückfordern.“

Wolfgang Sailer, Bundesverwaltungsrichter, zu einem Vertreter des Auswärtigen Amtes, das nach eigenen Angaben Ex-Geiseln nur die Kosten ihrer Befreiung in Rechnung stellt, die ihnen „unmittelbar zugutekommen“. Nach Angaben des AA zahlt die Bundesregierung nie Lösegeld

„Der Republik ist bislang noch kein Schaden daraus entstanden, dass wir bei den nächsten Wahlen unterschiedliche Interessen haben.“

Angela Merkel, CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin, mit Blick auf die SPD

Schuhwerfer muss vor Gericht

LONDON (dpa). Dem deutschen Schuhwerfer von Cambridge wird vom kommenden Montag an der Prozess gemacht. Der 27-Jährige muss sich dafür verantworten, dass er Chinas Regierungschef Wen Jiabao bei einer Rede am 2. Februar mit einem Schuh beworfen hatte. Dem Studenten werden Störung der öffentlichen Ordnung, Beleidigung und Aufruf zur Gewalt vorgeworfen. Der Deutsche wollte mit dem Wurf gegen die Menschenrechtsverletzungen in China protestieren. Für den Prozess sind drei Verhandlungstage angesetzt. Eigentlich sollte das Hauptverfahren erst am Dienstag beginnen. Damit wäre der letzte Verhandlungstag der 4. Juni gewesen – der 20. Jahrestag des Massakers vom Platz des Himmlischen Friedens in Peking. Weil zum Jahrestag der Niederschlagung der Demokratie-Bewegung 1989 stärkere Sicherheitsvorkehrungen nötig wären, beginnt der Prozess früher.

Washington geht auf Distanz zu Israel

Jüdischer Staat setzt weiter auf den Ausbau von Siedlungen – doch die USA verlangen einen bedingungslosen Baustopp

US-Präsident Barack Obama erhöht den Druck auf die israelische Regierung: Nach einem Treffen mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas in Washington forderte Obama erneut den Stopp aller Siedlungsaktivitäten der Israelis in den besetzten Gebieten. Doch der jüdische Staat legt sich quer.

VON SUSANNE KNAUL
UND LASZLO TRANKOVITS

JERUSALEM. Das Ausfahrtschild nach Mevasseret Adumim steht schon an seinem Platz. Nur wenige Kilometer östlich von Jerusalem an der Landstraße in Richtung Jericho ist der Bau von 3000 Wohnungen geplant, samt Friedhof, Hotels und Industrieanlagen. Die Palästinenser sind empört: Mit der geplanten Siedlung drohe das Ende des Friedensprozesses, warnt Sajeb Erekat, Chefdelegierter für die israelisch-palästinensischen Verhandlungen.

Das Bauvorhaben im Osten der Stadt ist für die Palästinenser aus zwei Gründen problematisch. Zum einen würde den Norden des Westjordanlands vom Süden abschneiden, zum anderen würde Mevasseret Adumim den Palästinensern in Ostjerusalem die letzte Möglichkeit nehmen, sich auszubreiten und neuen Wohnraum zu schaffen. Jerusalem wäre damit nahezu komplett von Siedlungen umzingelt.

Für Premierminister Benjamin Netanyahu und seinen sozialdemokratischen Verteidigungsminister Ehud Barak gilt die Siedlung als strategisch unverzichtbar. Noch hat das Kabinett den Plan nicht abgesegnet, was jedoch nur eine Formalität sein dürfte. Sogar die Arbeitspartei unterstützt den Plan, der vor zehn Jahren entwickelt wurde.

Israelische Regierungsbeamte sind über die harte Linie der USA erschrocken

„Der geplante Bau von Mevasseret Adumim wirft einen dunklen Schatten auf die Zwei-Staaten-Lösung“, mahnt Haim Erlich, Aktivist der israelischen Initiative „Stadt der Völker“, die sich zum Ziel gesetzt hat, Jerusalem zu einer „gleichberechtigten Stadt“ für seine Bürger zu machen, um eine tragfähige Zukunft zu schaffen.

Erlich sieht im Gebietstausch eine Möglichkeit zur Lösung des Konflikts. Die Vorgängerregierung unter Ehud Olmert hatte einen Handel über sieben Prozent des Landes angedeutet, die Palästinenser wollen aber nicht mehr als zwei bis drei Prozent austauschen. „Wir sind im Nahen Osten – man wird sich irgendwo in der Mitte einigen“, meint Erlich.

Auf jeden Fall scheint die israelische Siedlungspolitik die Beziehungen zwischen Washington und Jerusalem immer mehr zu belasten. Anders als in der Vergangenheit will die US-Regierung eine Expansion Israels nicht weiter hinnehmen. Mit der Unterzeichnung des internationalen Friedensplans, der sogenannten Roadmap, hatte sich Jerusalem im Sommer 2003 ohnehin zu einem Baustopp verpflichtet. Außenministerin Hillary Clinton verlangte einen bedingungslosen Siedlungsstopp, und zwar „nicht nur für einzelne Siedlungen oder Außenposten, sondern das Ende des natürlichen Wachstums ohne Ausnahme“. Israelische Regierungsbeamte seien erschrocken über die harte Linie, schrieb die „New York Times“.

Eine Wende in der US-Nahostpolitik kündigt sich seit dem Amtsantritt Obamas an: Sein erstes Interview gab er symbolträchtig dem arabischen Sender Al-Arabiya. CIA-Chef Leon Panetta verwies bei einem Be-



Palästinenser arbeiten auf einer Baustelle im Westjordanland nahe Jerusalem, wo eine neue jüdische Siedlung entstehen soll
Foto: AP

such in Jerusalem darauf, dass die US-Milliardenhilfe für Israel nicht selbstverständlich sei. Dann forderte die US-Atomwaffenhandlerin Rose Gottemoeller Israel vor den UN auf, dem Nichtverbreitungsregime für Atomwaffen beizutreten. Dabei brach sie mit der bisherigen US-Politik, das Thema der israelischen Atomwaffen niemals zur Sprache zu bringen.

Der Fokus Washingtons liegt derzeit auf Israel. Darauf verwies auch die sichtlich gelöste Atmosphäre, als sich Obama und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas am Donnerstag im Weißen Haus Journalisten stellten. Sehr viel verkrampteter und eisiger präsentierten sich vergangene Woche Obama und Netanyahu am gleichen Ort. Vergeblich hatte der Israeli die amerikanische Führung gedrängt, dem Problem der iranischen Nu-

clearpläne Vorrang zu geben und die Ausichtslosigkeit von Friedensbemühungen mit den zerstrittenen und radikalisierten Palästinensern einzusehen.

Obama habe eine „lang schlummernde palästinensische Fantasie wiederbelebt, dass die USA Israel dazu zwingen, wichtige Zugeständnisse zu machen, während die Araber passiv zuschauen und applaudieren“, schrieb der Publizist Jackson Diehl in der „Washington Post“ nach einem Gespräch mit Abbas. Der Palästinenserführer habe darauf bestanden, dass es seine Rolle derzeit nur sein könne, zu warten – bis die Hamas der Gewalt abschwöre und Israels Existenzrecht anerkenne und bis Obama Netanyahu zwingen, einem Siedlungsstopp und einer Zwei-Staaten-Lösung zuzustimmen. Bis dahin hätten Friedensgespräche keinen Sinn,

Hintergrund

Jüdische Siedlungen

- **Siedlungspolitik:** Zu den größten israelisch-palästinensischen Streitfragen gehören die jüdischen Siedlungen in den Palästinensergebieten. Nach Meinung der Kritiker verstößt Israels Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten – also im Westjordanland, Ostjerusalem und in den Golanhöhen – gegen Artikel 49 der Genfer Konvention. Darin heißt es: „Besatzungsmächte dürfen Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerungen nicht in besetzte Gebiete umsiedeln.“ Israel argumentiert dagegen, die Palästinensergebiete seien nicht im ursprünglichen Sinne „besetztes Gebiet“.
- **Streitobjekt:** Mit dem Begriff Siedlung werden verschiedene Wohnsiedlungen in jenen Gebieten bezeichnet, die sich seit dem Sechstagekrieg von 1967 unter der militärischen Kontrolle Israels befinden oder befanden. Viele Siedlungen sind auch nach israelischer Rechtsauffassung illegal und in Israel äußerst umstritten. Zu ihren Unterstützern zählen neben der regierenden Likud-Partei von Premier Benjamin Netanyahu weitere rechte Parteien. Ein Teil der Siedler ist in der Siedlerbewegung Gusch Emunim aktiv.
- **Rückzug:** 2004 gab die Israelische Regierung bekannt, dass einige dieser Siedlungen – darunter alle 21 Siedlungen des Gazastreifens sowie vier Siedlungen im Norden des Westjordanlands – aufgelöst werden sollten. Mit der Umsetzung dieser Politik wurde am 15. August 2005 begonnen.
- **Siedler:** Nach Angaben des israelischen Zentralbüros für Statistik ist die Zahl der Siedler in Westjordanland und Ostjerusalem um 4,9 Prozent auf 289 600 gestiegen. Im Vorjahr waren es noch 276 100. Das palästinensische Zentralbüro für Statistik gibt an, dass inzwischen 144 Siedlungen in den Palästinensergebieten errichtet wurden, die Menschenrechtsorganisation Betsalem spricht von 121 Siedlungen. Die Siedler leben inmitten von 2,4 Millionen Palästinensern.
- **Ausbau:** Ein Bericht der israelischen Friedensorganisation Peace Now ergab, dass Israel den Ausbau bestehender jüdischer Siedlungen im vergangenen Jahr um 60 Prozent gesteigert hat. Danach wurden im Vorjahr 1518 neue Gebäude errichtet. Zudem gebe es 99 sogenannte Outposts, nicht genehmigte „wilde“ Außenposten.
- **Spannungen:** Für neue Spannungen sorgen israelische Pläne, erstmals seit mehr als 26 Jahren eine neue Siedlung im Jordantal zu errichten. (StN/dpa)

„CSU hat Europawahl-Hürde noch nicht genommen“

Der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld hält auch mit Horst Seehofer eine Fortsetzung des Bayernwahl-Debakels für möglich

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
RALF MÜLLER, MÜNCHEN

MÜNCHEN. Der Direktor des Zentrums für angewandte Politikforschung der Universität München, Werner Weidenfeld, hält ein Scheitern der CSU bei der Europawahl für möglich.

Herr Professor Weidenfeld, muss die CSU bei der Europawahl tatsächlich davor bange, aus dem Straßburger Parlament zu fliegen?

Derzeit hat die CSU diese Hürde noch nicht genommen. Verschiedene Faktoren machen ihr zu schaffen: Der allgemeine Trend des Abschliefens des Wählerpotenzials, wie wir es bei der Landtagswahl erlebt haben, das erstmalige Antreten der Freien Wähler zur Europawahl, deren Potenzial weitgehend aus dem CSU-Bereich abgeworben ist und die Probleme bei der Mobilisierung. Der Europawahlkampf ist eine ziemlich müde Angelegenheit. Den einzigen Hauch von Dramatik bringt die CSU ein, weil ihr Gesamtchancen in Europa zur Disposition steht.

Was passiert mit CSU-Chef Horst Seehofer, wenn es am 7. Juni wie bei der Bayern-Wahl ein Desaster gibt und der Wiedereinzug ins Europaparlament verfehlt wird?

Die Europawahl ist eine Art Stimmungstest im Superwahljahr. Wenn es die CSU nicht

schafft, wäre es eine Fortsetzung ihres großen Dramas. Begrenzt würde es aber durch die Tatsache, dass es in einem Superwahljahr stattfindet. Das verbietet allen Parteien dramatische Eingriffe. Das sagt aber nichts über künftige Entwicklungen.

Die CSU muss also an Seehofer festhalten, egal wie die Europawahl ausgeht?

Sie hat keine Alternative, wenn sie einigermaßen aufrecht in die Bundestagswahl gehen will.

Die CSU ist grundsätzlich für Europa, hat aber viel zu kritisieren.

Taktisch ist das nachvollziehbar. Die CSU hat zwei große Wählerlager in ihrem Zustimmungsfeld: Der Anteil derer, die Europa für besonders wichtig halten, ist besonders hoch. Denen muss man eine Heimat mit dem grundsätzlichen Ja zu Europa anbieten. Gleichzeitig gibt es Kritik an Details, über die man sich im Alltag ärgert. Also macht die CSU eine Art Europa-Spagat. Völlig anders kann man es nicht machen, wenn man einigermaßen erfolgreich sein will.

Sie haben die Mobilisierung erwähnt. Wird die Wahlbeteiligung am 7. Juni so katastrophal niedrig, wie viele befürchten?

Die Wahlbeteiligung sinkt seit der ersten Europawahl 1979. 2009 kommt noch das Ab-

sinken der Wahlbeteiligungen generell hinzu. Daher spricht nichts dafür, dass sich diese Kurve dreht und nach oben zeigt.

Immer noch heißt es, das Europaparlament muss man nicht wählen, weil es sowieso nichts zu sagen hat.

Der eigentliche Gewinner an Macht war in den letzten Jahren das Europäische Parlament. Ihm hängt jedoch bis heute noch der Mythos der Machtlosigkeit an. In Wirklichkeit wurde es zu einer Schlüsselinstitution der europäischen Integration.

Der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Europa ohne den Euro in der Finanzkrise unter die Räder gekommen wäre.

Das ist ein anschauliches Beispiel. In der globalen Finanzkrise hat Europa die richtige Größe, um mitzuwirken. Jeder Einzelstaat wäre nur ein Spielballchen. Kein einziger Staat richtet da allein etwas aus. Wie bei der großen Sicherheitsbedrohung durch einen hoch professionellen Terrorismus, die für den einzelnen Staat nicht zu bewältigen ist. Auch beim Klimawandel kann nur Europa etwas bewegen. Im Erklärungs- und Deutungsangebot der Politik ist das alles so nicht vorgekommen. Deshalb bewegt sich Europa stimmungsmäßig in einem gewissen Desaster, ohne dass es auf der Kippe steht.

Zur Person

Werner Weidenfeld

- 1947 wird Weidenfeld in Cochem an der Mosel geboren
- 1966 – 1971: Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie an der Universität Bonn
- 1975 Habilitation im Fach Politikwissenschaft mit einer Arbeit über die deutsche Europapolitik in der Ära Adenauer
- 1975 – 1995 Professor für Politikwissenschaften an der Universität Mainz
- 1987 – 1999 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit
- 1990 – 2004 Mitglied des Kuratoriums der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh
- Seit 1995 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Europäische Einigung am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Universität München und Direktor des Zentrums für angewandte Politikforschung (CAP)



Foto: Archiv